

„Beschönigen, Verharmlosen, Leugnen“

Wie die Linkspartei mit der eigenen Vergangenheit
und begangenen Unrecht umgeht



„Beschönigen, Verharmlosen, Leugnen“

Wie die Linkspartei mit der eigenen Vergangenheit und begangenen Unrecht umgeht

Von der Gründung der DDR im Jahr 1949 an war die SED die dort herrschende Partei. Erst im Zuge der Wende 1989 war sie gezwungen, ihren diktatorischen Führungsanspruch aufzugeben. Von ihrer aus der 40-jährigen Regierungszeit resultierenden Verantwortung für die Politik in der DDR wollen die SED-Erben heute aber nichts mehr wissen. Stattdessen versuchen sie seit 1989 durch mehrfache Namenshütungen eine direkte Verbindung zwischen der Partei und ihrer historischen Schuld zu verschleiern.

Die erste Namenshütung erfolgte im Dezember 1989 mit der Umbenennung in SED-PDS. Am 4. Februar 1990 warf die Partei das schwer diskreditierte Kürzel SED endgültig über Bord. Bis 2005 hieß die Partei nur noch PDS. Am 17. März 2005 änderte die Partei ihren Namen ein drittes Mal und nannte sich fortan Linkspartei.PDS. Am 16. Juni 2007 trat die Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG) der Partei bei, die sich seitdem Linkspartei bzw. Die Linke nennt.

Geschichtsklitterung statt ehrliche Aufarbeitung

Bis heute haben sich die von der SED über die PDS zur Linkspartei umbenannten Kommunisten nicht klar und eindeutig von den im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen distanziert. Noch immer versuchen sie, die eigene Vergangenheit zu verharmlosen und schönzureden. Wo Fakten eine eindeutige Sprache sprechen, wiegeln die SED-Erben ab. Wo die historische Wahrheit ans Licht gekommen ist, leugnen sie diese wider besseren Wissens. Ihre beschönigend als ‚Aufarbeitung der Geschichte‘ überschriebene Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit

läuft zielgerichtet auf die ebenso einfache wie falsche Formel hinaus: Der Sozialismus ist eine gute Idee, er wurde nur schlecht ausgeführt. Nach dieser Maßgabe werden alle in seinem Namen begangenen Verbrechen und Opfer pauschalisierend auf den sogenannten „Stalinismus“ verengt.

Geschichtsverklärung dient Reinwaschung des Sozialismus

Die Absicht dieser historischen Simplifizierung und Personifizierung ist klar: Indem der regime-immanente Terror unzulässigerweise allein auf den „Stalinismus“ geschoben wird, lenkt die Linkspartei vom totalitären Grundcharakter jeder kommunistischen Diktatur ab. Der zwingende Zusammenhang zwischen Ideologie und Praxis soll dadurch verschleiert werden. Nach dieser Art „Reinwaschung“ können dann sogenannte „sozialistische Errungenschaften“ umso leichter und unbeschwerter als nachahmenswerte Zeugnisse eines lediglich „missglückten Versuchs“ verteidigt werden. Im trüben Licht dieser grotesken Verfälschung historischer Tatsachen erscheint der Linkspartei die Wiederholung des „Sozialismus auf deutschem Boden“ nicht nur legitim, sondern sogar erstrebenswert.

Freiheit und Sozialismus passen weltweit nicht zusammen

Ein Blick in die Geschichte zeigt: Freiheit und Sozialismus passen weltweit nicht zusammen. „Wenn man einmal die Macht erobert habe, dürfe man sie nie wieder abgeben“,ⁱ lautete beispielsweise der Rat, den der spätere langjährige Ehrenvorsitzende der SED-Nachfolgepartei PDS,

Sozialismus ist totalitär

Historische Verantwortung wird geleugnet

Sozialismus bedeutet Diktatur und Unterdrückung

Hans Modrow, französischen Sozialisten einst mit auf den Weg gab. Die Übertragung von Macht auf Zeit, Grundgedanke der Demokratie, ist mit sozialistischem Gedankengut unvereinbar. Sozialismus bedeutet deshalb immer Diktatur. Diese wird notfalls mit Gewalt aufrechterhalten.

Auch die SED schreckte nicht vor Gewaltanwendung zurück, wenn es darum ging, die eigene Macht zu sichern. Als am 17. Juni 1953 die Arbeiter in der DDR freie Wahlen forderten, ließen die SED-Machthaber mit Hilfe sowjetischer Panzer den Volksaufstand gegen ihre Diktatur blutig niederwalzen. Mit Gewehrsalven beantwortete die selbsternannte „Partei der Arbeiterklasse“ die Rufe der Arbeiter nach Meinungs- und Pressefreiheit.

Acht Jahre später beraubte die SED die Menschen in der DDR auch noch ihrer Bewegungsfreiheit. Am 13. August 1961 mauerte sich das SED-Regime selber ein und goss damit das Scheitern des „Sozialismus auf deutschem Boden“ in Beton. Ohne Splitterminen und Selbstschussanlagen wären die Kommunisten bereits zu diesem Zeitpunkt gescheitert.

Rechtfertigung des Mauerbaus

Die Rechtfertigung des Mauerbaus ist ein weiteres Beispiel für die unerträgliche Geschichtsklitterung der SED-Erben. So fand 1999 das PDS-Vorstandsmitglied Michael Benjamin lobende Worte für den Mauerbau, der in seinen Augen „eine völkerrechtlich zulässige und [...] angemessene Maßnahme“ⁱⁱⁱ war. 2001 rechtfertigte auch der stellvertretende Parteivorsitzende Peter Porsch Stacheldraht und Schießbefehl: „Die Mauer hat 1961 den Frieden in Europa und der Welt erhalten. Niemand wäre damit geholfen, wenn wir uns für die Mauer entschuldigten.“ⁱⁱⁱⁱ Und Gabriele Zimmer, damals PDS-Vorsitzende, pflichtete ihrem Stellvertreter bei: „Es geht nicht darum, Abbitte zu leisten.“^{iv}

2006 verstieg sich Hans Modrow sogar soweit, die Bundesrepublik Deutschland für den Mauerbau und seine Folgen mitverantwortlich zu machen – ganz so, als ob Konrad Adenauer und nicht Walter Ulbricht den Mauerbau angeordnet hätte. „Die Verantwortung für die Toten tragen die Verantwortlichen auf beiden Seiten [... Ich] gebe [...] der BRD eine Mitschuld an der innerdeutschen Grenze.“^v Doch damit nicht genug: Auch von Unrechtsbewusstsein ist bei Modrow keine Spur zu finden. Die Prozesse um die Mauertoten hält er für „Siegerjustiz“, in dem er sagt: „Die Prozesse gegen ehemalige Mitglieder des Politbüros und gegen so genannte Mauerschützen halte ich nicht für völkerrechtlich gedeckt.“^{vi} Oskar Lafontaine hat kein Problem mit Modrows Sichtweisen. Er charakterisiert ihn als „geradlinig, bodenständig. Ein Parteisoldat, ohne die Parteien wie die SPD oder die SED nicht existieren konnten.“^{vii}

Im Rahmen dieser Äußerungen bewegt sich auch die niedersächsische Landtagsabgeordnete Christel Wegner, wenn sie im Frühjahr 2008 sagt: „Der Bau der Mauer war in jedem Fall eine Maßnahme um sozusagen zu verhindern, dass weiterhin Westdeutsche in die DDR konnten.“^{viii} Wegner wurde zwar anschließend aus der Fraktion ausgeschlossen, allerdings nur, weil der Druck der Öffentlichkeit zu groß geworden war. Ihr Fall und die zuvor zitierten Äußerungen zeigen aber, welches Denken in den Köpfen führender Repräsentanten der Linkspartei Platz hat.

Bau der Mauer wird verteidigt

Leugnen des Schießbefehls

Im Umgang mit der Vergangenheit gibt sich die Linkspartei mit Relativierungen und Schönrednerien der SED-Diktatur keineswegs zufrieden. Auch das Leugnen historischer Tatsachen ist fester Bestandteil ihrer Art der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Dies zeigte sich zuletzt, als folgender Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze publik wurde: „Zögern sie nicht mit der Anwendung der Schusswaffe, auch dann nicht, wenn die Grenzdurchbrüche mit Frauen und Kindern erfolgen, was sich die Verräter schon oft zunutze gemacht haben.“^{ix}

Obwohl spätestens jetzt auch in der Zeitung jeder schwarz auf weiß nachlesen kann, dass es an der innerdeutschen Grenze den Befehl der DDR-Obersten gab, auf wehrlose Menschen zu schießen, streiten die SED-Erben weiterhin alles ab. So äußerte Lothar Bisky: „Für mich ist nicht belegt, dass es einen generellen Schießbefehl gab.“^x Damit fällt der Vorsitzende der Linkspartei sogar noch hinter den wegen Totschlags an der innerdeutschen Grenze rechtskräftig verurteilten letzten SED-Generalsekretär Egon Krenz zurück. Nach jahrelangem Leugnen gab dieser im März 2008 zu: „Es gab einen Schießbefehl.“^{xi}

Verklärung der Staatssicherheit

Auch bei der Beurteilung des Staatssicherheitsdienstes der DDR wird erkennbar, welches Weltbild in den Köpfen der Parteiführung verankert ist. Während die Bürger der DDR schon mutig die Stasi-Zentralen stürmten, hofierte der heutige Fraktionschef der Linken im Bundestag, Gregor Gysi, noch ungeniert den unmenschlichen Spitzelapparat. Damals äußerte er: „Durch die starke Diskreditierung des Amtes [für nationale Sicherheit, Ex-Stasi] ist nach meiner Meinung [...] eine Auflösung erforderlich“^{xii}. Hier wird Gysis Blick auf den Repressions- und Unterdrückungsapparat der SED sichtbar: Nicht die Funktion der Stasi an sich lieferte für ihn den Grund zu ihrer Auflösung, sondern allein ihre „Diskreditierung“ in den Augen der DDR-Bürger. Das folgende Zitat bestätigt Gysis positives Urteil über die Stasi: „Wir wissen [...], dass viele Genossen dieses Ministeriums stets pflichtbewusst und ehrlich die ihnen erteilten Aufträge [...] erfüllt haben.“^{xiii}

An der Verklärung der Staatssicherheit durch die Linkspartei hat sich bis heute nichts geändert. Hans Modrow, ehemals Gregor Gysis Stellvertreter im Amt des Parteivorsitzenden, tat beispielsweise im Mai 2006 die kilometerlangen Zeugnisse des Stasispitzelapparates als „Harmlosigkeiten“^{xiv} ab. Und als Markus Wolf, ehemaliger Stellvertreter von Stasi-Chef Erich Mielke, im November 2006 verstarb, betrauernten ihn der Berliner

Linksparteivorsitzende Klaus Lederer und die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau mit den Worten: „Er ging aufrecht durch sein Leben.“^{xv} Auch Gregor Gysi hofiert weiter fröhlich die früheren Stützen der SED-Diktatur. Sein heimlicher und nur zögerlich zugegebener Auftritt im Januar 2007 vor Ex-Stasi-Mitarbeitern^{xvi} zeigt einmal mehr: Sozialisten und Kommunisten mögen den Namen ihrer Partei noch so oft wechseln: Das lebendige SED-Erbe in der Linkspartei lässt sich dadurch nicht überdecken.

Wiedereinführung der Stasi

Die Staatssicherheit wird sogar für die Zukunft angepriesen. So forderte die für die Linkspartei in den Niedersächsischen Landtag gewählte Abgeordnete Christel Wegner 18 Jahre nach dem Sieg der Menschen in der DDR über ihre Peiniger die Wiedereinführung der Stasi. „Ich denke nur, wenn man eine andere Gesellschaftsform errichtet, dass man da so ein Organ [wie die Stasi] wieder braucht“^{xvii}. Knapp drei Wochen vor dieser ungeheuerlichen Äußerung hatte Gregor Gysi auch Christel Wegner gelobt und ihr den Rücken gestärkt, als er sagte: „Ich habe die Kandidaten [der Linkspartei] in Niedersachsen kennen gelernt. Sie sind besser vorbereitet [als die Kandidaten der Linkspartei in Bremen].“^{xviii}

Verharmlosung und Beschönigung der DDR

Zum festen Bestandteil der Geschichtsverdrehung durch die Linkspartei gehört die Verharmlosung und Beschönigung der DDR. Obgleich die Parteiführung der SED besser und früher als die meisten Menschen in der DDR um den von ihr zu verantwortenden unmittelbar bevorstehenden wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott des Landes wusste, weben ihre Erben eifrig an der Legende einer angeblich prosperierenden ostdeutschen Volkswirtschaft, die vom gnadenlosen westdeutschen „Klassenfeind“ als unliebsame Konkurrenz ‚platt‘ gemacht worden sei. Dabei

Schießbefehl wird geleugnet

Überwachungsstaat wird verharmlost

DDR-Sozialismus wird verklärt

hatte sich die SED-Parteiführung 1989 das Ergebnis ihrer Politik schwarz auf weiß geben lassen. In einem streng vertraulichen Bericht konnte sie nachlesen: „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.“^{xxix}

Trotz ihrer umfassenden Kenntnis der katastrophalen Wirtschaftslage der DDR versuchen Politiker der Linkspartei, den Zusammenbruch der maroden Industrie in den neuen Bundesländern und den daraus resultierenden Strukturwandel nicht als Resultat des gescheiterten Sozialismus, sondern als Folge der deutschen Einheit darzustellen. So machte beispielsweise Gregor Gysi den Westen für wirtschaftliche Probleme der neuen Bundesländer verantwortlich: „Aus der Erfahrung mit dem Anschluss der DDR wissen wir, dass dieser Weg zur Vernichtung der gesamten wirtschaftlichen Potentiale führt.“^{xxx} Mit solchen Sätzen will die Parteiführung vom Versagen ihrer Vorgänger ablenken und die Verantwortung für die Konsequenzen der SED-Politik anderen in die Schuhe schieben.

Herabwürdigung der Bundesrepublik Deutschland

Ganz ähnlich verfährt die Partei, wenn es um die DDR als Ganzes geht. Im gültigen Grundsatzprogramm heißt es hierzu: „Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichbaren Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zur Geschichte der DDR gehören bemerkenswerte Ergebnisse und wertvolle Erfahrungen im Kampf um [...] ein friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden.“^{xxxi}

Während die Bundesrepublik damit in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt wird, erfährt die

diktatorische Herrschaftsstruktur der DDR keinerlei kritische Erwähnung. Im Gegenteil, sie wird beschönigend als „demokratische Veränderung“ bezeichnet. Den Unrechtscharakter der DDR wollen die SED-Erben bis heute nicht wahrhaben. Trotzig behaupten sie: „Wir werden der These vom ‚Unrechtsstaat‘ widersprechen, weil sie in ihrer Konsequenz bedeutet, der DDR das Existenzrecht abzusprechen.“^{xxxi} Und für Sahara Wagenknecht (heute Europaabgeordnete der Linkspartei) steht fest: „Im Vergleich zur BRD war die DDR in jeder Phase ihrer Entwicklung – selbst noch in ihrem ärgsten Niedergang – das friedlichere, sozialere, menschlichere Deutschland.“^{xxxi} 1.065 Grenz- und Mauertote bis 1989^{xxiv}, 190 getötete Flüchtlinge allein an der Berliner Mauer^{xxv}, die heimliche Bespitzelung der DDR-Bürger durch mindestens 600.000 inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit^{xxvi} sowie zwischen 150.000 und 250.000 politische Häftlinge in der DDR^{xxvii} sprechen eine andere Sprache und verdeutlichen die menschenverachtende Grundhaltung, die hinter diesem System steckt.

Die Folgen des SED-Erbes in der Linkspartei

Die Linkspartei, die sonst so viel Wert auf ihre angebliche „Ostkompetenz“ legt, will einfach nicht wahrhaben, wie menschenverachtend die Partei- und Staatsführung der DDR mit der eigenen Bevölkerung umging. Die Erbschaft der SED lässt sich eben nicht bewältigen, indem man einfach die Türschilder auswechselt. Mehrere Neumitglieder haben dies inzwischen begriffen und treten deshalb aus der Partei aus. So zum Beispiel Peter Marekfia (Ex-WASG-Mitglied), ehemaliger Ortsvereinsvorsitzender der Linkspartei Saarbrücken/St. Johann und Ex-Schatzmeister des Kreisvorstands Saarbrücken. In der Saarbrücker Zeitung wird er zitiert: „Mit Leuten, die für die Mauertoten mitverantwortlich seien, habe er [Marekfia] nichts gemein.“^{xxviii} Doch nicht nur im Saarland, auch in Hessen und Niedersachsen erkennen Ex-WASG-Mitglieder den wahren Charakter der Linkspartei und wenden sich angewidert ab.

Die Linke – verlogen,
undemokratisch und totalitär

DDR-Unrecht wird ignoriert

Karl-Klaus Sieloff, Ex-WASG-Mitglied und Direktkandidat der Linkspartei für die Hessische Landtagswahl 2008, warnte leider vergeblich: „Die Linkspartei darf es am 27. Januar nicht in das Parlament schaffen. [...] Die Parteiführung ist verlogen, undemokratisch und totalitär. [...] Den Ton geben Anarchisten, Altkommunisten und Chaoten an. [...] Die Verbrechen der DDR anzusprechen oder von Aufarbeitung zu sprechen, ist absolut tabu. Da wird man sofort als Rechter beschimpft.“^{xxix} Sieloff hat der Linkspartei gleichfalls den Rücken gekehrt. Ganz ähnlich klang die Warnung aus Niedersachsen von Klaus Falk, ebenfalls Ex-WASG-Mitglied und mittlerweile auch aus der Linkspartei ausgetreten. „Die Landesliste ist dominiert von Vertretern der kommunistischen Plattform und antikapitalistischen Linken.“ Manfred Sohn, auf Platz zwei der Landesliste der Linken zur Landtagswahl in Niedersachsen 2008, hat sich „nie inhaltlich davon [von seiner DKP-Vergangenheit] los gesagt“ und in einem Zeitschriftenbeitrag behauptet, die DDR sei „über 40 Jahre lang der friedlichere und sozial gerechtere Teil Deutschlands“^{xxx} gewesen.

Fazit

Alle diese Beispiele zeigen eines: Die Linkspartei verharmlost noch immer die brutale SED-Diktatur. Sie relativiert deren Unrechtscharakter und hofiert die frühere Staatssicherheit. Die SED-Erben haben den Mauerbau bis heute nicht verurteilt und leugnen wider besseren Wissens den Schießbefehl. Wer der Linkspartei angesichts dieser Tatsachen trotzdem einen grundsätzlichen Wandel bescheinigt, der will oder kann die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nehmen.

- ⁱ Hans Modrow, In historischer Mission. Als deutscher Politiker unterwegs, edition ost, 2007, S. 129.
- ⁱⁱ Michael Benjamin, in: Bild-Zeitung vom 24. Januar 1999.
- ⁱⁱⁱ Peter Porsch, in: Tageszeitung vom 14. Juni 2001.
- ^{iv} Gabriele Zimmer, Süddeutsche Zeitung vom 15. Juni 2001.
- ^v Hans Modrow, in: Cicero, Mai 2006.
- ^{vi} Ebd.
- ^{vii} Oskar Lafontaine, Vorwort, in: Hans Modrow, In historischer Mission. Als deutscher Politiker unterwegs, a. a. O., S. 7.
- ^{viii} Christel Wegner, ARD Panorama, 14. Februar 2008.
- ^{ix} „Neue Debatte über DDR-Vergangenheit. Schießbefehl-Dokument in Magdeburg entdeckt. Schüsse auch auf Kinder erlaubt“, in: FAZ vom 13. August 2007.
- ^x Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei, in: Bild am Sonntag vom 26. August 2007.
- ^{xi} Krenz, letzter Generalsekretär des ZK der SED, in: Bild-Zeitung, 17. März 2008.
- ^{xii} Gregor Gysi: Zur Formierung einer modernen Partei des demokratischen Sozialismus, in: Lothar Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 63.
- ^{xiii} Ebd.
- ^{xiv} Hans Modrow, in: Cicero, Mai 2006.
- ^{xv} „PDS würdigt Spionage-Wolf als ‚aufrecht‘“, in: Bild-Zeitung vom 20. November 2006.
- ^{xvi} „Kritik an Gysis Auftritt bei Stasi-Veteranen. Linke bestätigen zögernd Rede vor Alt-Kadern“, in: Leipziger Volkszeitung vom 16. August 2007.
- ^{xvii} Christel Wegner, ARD Panorama, 14. Februar 2008.
- ^{xviii} Gregor Gysi, Neues Deutschland, 25. Januar 2008.
- ^{xix} Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen vom 27. Oktober 1989 (sogenannter „Schürer-Bericht“). Das Papier entstand im Auftrag des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz. Damit sollte ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR vorgelegt werden.
- ^{xx} Gregor Gysi, Ingolstädter Manifest der PDS, 18. Februar 1994.
- ^{xxi} Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 51.
- ^{xxii} Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.“ Verabschiedet auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS im Januar 1995, in: DISPUT, 3/4 1995.
- ^{xxiii} Sahra Wagenknecht, in: Pressedienst der PDS, Nr. 48/1994.
- ^{xxiv} Quelle Zahlen: Arbeitsgemeinschaft 13. August, Museum Haus am Checkpoint Charlie, 137. Pressekonferenz am 13.08.2004
- ^{xxv} Quelle Zahlen: Arbeitsgemeinschaft 13. August, Museum Haus am Checkpoint Charlie, 137. Pressekonferenz am 13.08.2004
- ^{xxvi} Internet-Seite der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Karl-Liebknecht-Straße 31/33, 10178 Berlin, Stand 8. Mai 2008
- ^{xxvii} Vgl. hierzu: Johannes Raschka: Justizpolitik im SED-Staat, Böhlau, Köln 2000 und: Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995
- ^{xxviii} „Inzwischen auch 50 Austritte bei neuer Linken“, in: Saarbrücker Zeitung vom 8. September 2007
- ^{xxix} Spiegel online, 15.1.2008
- ^{xxx} Hannoversche Allgemeine Zeitung, 23.1.2008

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de